

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Docuets-Verlag GmbH.  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Baldwins Bemühungen.

London, 20. Juni. (W.B.) Dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Express“ zufolge gab Premierminister Baldwin gegenüber Vertretern der Arbeiterpartei und des Bergarbeiterverbandes, die ihn gestern unter Führung Ramsay MacDonalds ausfragten, um mit ihm die Frage der Kohlenindustrie zu erörtern, folgende Erklärung ab: „Von grundlegender Wichtigkeit ist augenblicklich in Europa, daß eine Regelung der Ruhrfrage erfolgt. Soweit ein Mensch irgend etwas tun kann, werde ich meine ängstlichen Anstrengungen an, um sie zustande zu bringen. Die Lage im Ruhrgebiet berührt die industrielle Lage Englands nachteilig, und je eher sie geregelt wird, desto besser ist es.“ Laut „Times“, die ebensowenig wie die übrigen Blätter die obige Meldung des „Daily Express“ enthält, wurde über die Zusammenkunft die größte Verschwiegenheit gewahrt. Die Abordnung sei erjucht worden, keinerlei Berichte über die Unterredung zu geben.

#### Englands Ruhrpolitik.

Paris, 20. Juni. (L.L.) Die „Gazette“ bringt einen Artikel ihres Londoner Berichters, worin es heißt, man könne über die künftige Politik Englands folgende bestimmte Erklärung abgeben: 1. Keine englische Regierung wird den Vorschlägen Poincarés, was die Ruhrbesetzung anbelangt, beitreten. Ein Gutheißendes der Ruhrpolitik oder ein Schritt bei der deutschen Regierung auf die Einstellung des passiven Widerstandes wäre schlechterdings unmöglich; Im Gegenteil werde wahrscheinlich die englische Regierung die Rückkehr zur unsichtbaren Besetzung im Ruhrgebiet verlangen. 2. Baldwin werde sein Möglichstes tun, um ein Einverständnis mit Frankreich zu erzielen, und weiter sei er bereit, sich große finanzielle Opfer aufzuwerfen. Sollte indessen die Politik Poincarés oder diejenige seiner Nachfolgerschaft dieselbe bleiben, so bestände kein Zweifel, daß in der auswärtigen Politik Englands sich bald ein Umschwung vollziehen werde.

Dieser Meinung liegen zwei unbestreitbare Tatsachen zugrunde: 1. Sei man in den kommerziellen Kreisen sowie der Industrie überzeugt, daß die Wiederherstellung der europäischen Märkte für England unerlässlich sei, und 2. Straume in dem Unterhaus die Mehrheit der Konservativen sowie die gesamte Opposition darin überein, die Ruhrpolitik abzulehnen. 3. Wenn Baldwin in seinen Vorlesungen, ein Uebereinkommen mit Frankreich herbeizuführen, scheitern sollte, so werde kein neuer Schritt zur Versöhnung mit diesem Lande unternommen werden. Die englische Regierung werde entgegen ihrem Willen gezwungen sein, eine doppelte Politik einzuschlagen, um ihr wesentlichstes Ziel, eine Wiederherstellung der kontinentalen Märkte zu verwirklichen.

#### Der „Temps“ zur Verständigungsfrage.

Ein Artikel des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“, der sich inhaltlich mit den Ausführungen deckt, die in der gestrigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Verständigungswille?“ erschienen sind, hat einen lebhaften Widerhall in der französischen Presse erweckt. Dieser Artikel beschäftigt sich erneut mit der Frage eines Waffenstillstandes auf Gegenseitigkeit im Ruhrkampf, eventuell unter direkter Verständigung mit Frankreich. Er zählt die Bedingungen auf, die nach Meinung der maßgebenden Kreise der Ruhrbevölkerung als unumgängliche Gegenleistung für eine Einstellung des passiven Widerstandes bei Beginn der Reparationsverhandlungen französischerseits erfüllt werden müßten.

Nun hat der Pariser „Temps“ die Ausführung des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ zum Gegenstand eines politischen Leitartikels gemacht, der, angesichts des offiziellen Charakters dieses Blattes, sicherlich eine ernsthafte Betrachtung verdient.

Wir sind sicherlich die letzten, die lediglich auf Grund von Äußerungen des „Temps“ eine bestimmte politische Taktik, die man zunächst als erwägenswert bezeichnen könnte, pflichtlich als unbedingt richtige empfehlen würde. Gerade der „Temps“ hat sich in den letzten Jahren als so wenig zuverlässig und so veränderlich in seinen Ansichten über Deutschland erwiesen, daß einwärtlich noch äußerste Vorsicht notwendig ist, besonders in einer so schicksalsschweren Frage, wie der des passiven Widerstandes.

Hinzu kommt noch der Umstand, daß es zur Stunde noch nicht möglich ist, die volle Tragweite und den klaren Sinn der Gegenäußerungen des „Temps“ zu erfassen, die im Wortlaut noch nicht vorliegen. Das offiziöse W.B. hat diese Ausführungen merkwürdigerweise nicht verbreitet, und so ist man einerseits auf einen telegraphischen Auszug der „Express-Korrespondenz“ angewiesen, der es an Klarheit fehlen läßt, andererseits auf einen direkten Drahtbericht des Pariser Berichterstatters des „Berliner Tageblatts“.

Dieser Berichterstatter, den man wohl nicht als einen „De-faitisten“ ansprechen kann, sagt von diesem „Temps“-Artikel, er sei „in mancher Hinsicht interessant, zunächst, weil sein Ton von dem gewöhnlichen Stil der Betrachtungen über Deutschland abweicht, dann, weil die Folgerungen, die aus den Beobachtungen gezogen werden, nicht, wie es sonst zu sein pflegt, den Zweck haben, Deutschland zu entmutigen; endlich, weil am Schlusse ein Artikel des „Sozialistischen Parlamentsdienstes“, der den Vorschlag einer „direkten Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland“ enthält, nicht zurückgewiesen, sondern mit auffallendem Wohlwollen beurteilt wird“.

Aus der Inhaltsangabe des „B. L.“-Telegramms ist folgendes zu entnehmen:

Es sei eine Tatsache, daß die Deutschen ebenso wie viele Franzosen jetzt fragten, ob die Kapitulation Deutschlands bald zu erwarten sei oder erst nach längerer Zeit. Der „Temps“ erklärt, daß dieses Rätselraten eine sehr überflüssige Beschäftigung sei. Die Sowjetrepublik habe niemals kapituliert, obwohl der Sowjetruhel schon seit langer Zeit in Tiefen verschwunden sei, die Deutschland noch lange nicht erreicht habe. Auch wenn der finanzielle Krach noch so groß würde, könnte ein Land wie Deutschland noch immer Mittel finden, um sich zu halten. Man würde das französische Publikum großen Enttäuschungen aussetzen, wenn man ihm sagen wollte, an diesem oder jenem Tage müßte Deutschland kapitulieren. Die Regierung habe niemals etwas Derartiges gelagt, sie habe gar nicht die Kapitulation gesucht, als sie ihre Truppen in das Ruhrgebiet sandte: sie wollte Kohlen. Weder Frankreich noch Belgien verfolgten Prestigezwecke. Sie wünschten Reparationszahlungen. Auch wenn alle 60 Millionen Deutsche sich ergehen wollten, würde aus diesem Siege noch keine Goldmark für die zerstörten Gebiete zu gewinnen sein. Wenn Deutschland nachgäbe, dann erfülle es einfach die erste Voraussetzung für die Verhandlungen mit seinen Gläubigern. Dann käme das Wichtigste: die Aussprache über die Regelung der künftigen Zahlungen. Die deutsche Presse täte also besser, nicht soviel über die Kapitulation zu schreiben, sondern die Möglichkeiten zu suchen, um Deutschlands Finanzen in die Höhe zu bringen. Die Frage: „Kapitulieren oder nicht?“ sei falsch gestellt. Wenn es Leute gäbe, die heute erklären, Deutschland müsse kapitulieren, weil die Mark so tief gesunken ist, dann müßte ihnen gesagt werden, daß die Mark nach erfolgter Kapitulation auch nicht von selbst steigen würde. Das wahre Problem sei die Frage, wie Deutschland seine Geldverhältnisse ordnen könne. Auch der sonst interessante Artikel der „Sozialistischen Parlamentskorrespondenz“ über eine direkte Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland gehe von einer zu engen Voraussetzung aus. Die Männer, welche diesen Artikel inspiriert hätten, seien im Recht, wenn sie glaubten, Frankreich würde seinen guten Willen zeigen, wenn Deutschland seine Ehrlichkeit bewiesen habe. Aber auch diese Männer dächten nicht an Verhandlungen über die Frage des passiven Widerstandes. Frankreich betrachte diese Frage als Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen. Die Aufgabe des Widerstandes sei nur der Anfang der Arbeit. Die sozialistische Korrespondenz werde vielleicht antworten, diese Sprache werde von Cuno, Rosenbergs und Beder nicht verstanden. Dann müßten eben die Deutschen darüber nachdenken, wie sie eine andere Regierung erhalten könnten.

Daß auch dieser Bericht nicht sehr klar ist, liegt sicherlich nicht am Berichterstatter, sondern am Verfasser dieses Auffasses. Herr Jean Herbet, der es meisterhaft versteht, klare Gedanken auszusprechen, wenn er es nur will, beherrscht ebenso vorzüglich die Kunst, seine Gedanken zu verbergen, wenn die Männer, die seine Artikel inspirieren, es so wünschen.

Es ist nicht allzu lange her, daß Herr Poincaré im Parlament erklärt hat, das Wort „Kapitulation“ erschrecke ihn nicht, Deutschland müsse kapitulieren. Nicht nur ganz Deutschland, sondern auch ganz England und gar ein großer Teil Frankreichs erblickt in der Forderung der Einstellung des passiven Widerstandes eine Prestigefrage. Dieses Motiv wird nunentschieden in Abrede gestellt und es wird sogar merklich von der Kapitulationsformel abgerückt.

Mit Recht wird der Aphorismus ausgesprochen, der nicht wenige französische Anbeter der Gewaltpolitik überraschen und erschrecken dürfte, daß mit einer Kapitulation und einem Zusammenbruch Deutschlands Frankreich nicht gedient wäre, und beinahe wehmütig erinnert Herbette daran, daß Frankreich eigentlich ins Ruhrgebiet einmarschiert sei, um Kohlen zu erhalten. Aber er vergißt, sich über die Gegenleistungen zu äußern, die der „Soz. Parl.-Dienst“ als Bedingung eines Waffenstillstandes auf Gegenseitigkeit klar formuliert hatte. Ehe wir über diesen Teil des Problems keine eindeutige Antwort aus Frankreich vernahmen, wird die Aussprache über das Gesamtproblem nicht vorwärts schreiten können.

Im Irrtum befindet sich der „Temps“, wenn er, wie aus seiner Schlußwendung hervorzugehen scheint, diese Aussprache dazu verwenden zu können glaubte, eine innerpolitische Krise in Deutschland und einen Gegensatz zwischen der Regierung Cuno und der Sozialdemokratie hervorzurufen bzw. zu verschärfen. Was wir von der Reichsregierung und ihren Fähigkeiten halten, ist unsere Sache. Daß wir unsere Stellung zu ihr nach eigenem und freiem Ermessen regeln wollen, hat seine guten Gründe, innen- und außenpolitischer Art. Einer dieser Gründe ist der, daß wir niemals daran gedacht haben und selbstverständlich auch weiter nicht daran denken werden, der Politik Poincarés auch nur den leisesten indirekten Vorschub zu leisten.

#### Der nächste Parteitag.

Der Parteiausschuss ist heute vormittags zusammengetreten und hat beschlossen, daß der Parteitag zu Beginn des kommenden Jahres abgehalten wird. Der Parteiausschuss beschäftigte sich im Uebrigen zunächst mit Organisationsfragen. Am Nachmittag referiert Genosse Hermann Müller über die politische Lage.

### Gemeinsamer Selbstschutz?

Von Richard Lipinski.

Gemeinsame Arbeit setzt das gleiche Ziel, den gleichen Weg und den gleichen erstrebten Erfolg voraus. Hält man daran fest, daß es eine staatliche Aufgabe ist, für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen, so bleibt dem Selbstschutz der Arbeiter nur der Schutz eigener Versammlungen, Demonstrationen vor Störung durch andere und Sicherung der Einrichtungen und des Eigentums der Organisationen im Falle eines besonderen Angriffs, den staatliche Organe nicht abwehren können. Dieser Schutz kann aber unmöglich der KPD. übertragen werden, die die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften täglich bis aufs Blut bekämpft und über sie hinwegschreiten will. Die Genossen des Leipziger Agitationsbezirks haben deshalb ganz folgerichtig einen sozialdemokratischen Ordnungsdienst gebildet, sie lehnen es ab, diesen Schutz mit der KPD. zu teilen. Den gleichen Weg sind auch die Chemnitzer Genossen gegangen.

Uebrig bleibt der Schutz der Republik. Ist dieser gemeinsam mit der KPD. möglich? Die gefühlsmäßige Einstellung der Parteigenossen ist die: ein Zusammengehen mit den Kommunisten ist möglich, denn beim Kapp-Putsch und nach dem Rathenau-Mord seien Partei, Gewerkschaften und Kommunisten auch zusammengegangen. Diese Genossen übersehen, daß die Partei und Gewerkschaften sich zwar in beiden Fällen bemühten, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten, daß sie aber während des Kampfes sich von den Kommunisten trennen mußten, weil die KPD.-Leute durch Sonderparolen und Aktionen die Einheitsfront zerstörten.

Bei den Verhandlungen in Sachsen hat die Siebenerkommission ein Sonderabkommen mit der KPD. getroffen, nach dem die Abwehrorganisationen grundsätzlich gemeinsam zu bilden seien. Der sozialdemokratische Landesarbeitsausschuss ist unter dem Zwange der Verhältnisse der Siebenerkommission und den Kommunisten so weit entgegengekommen und hat den Parteiorganisationen die gemeinsame Bildung von Abwehrorganisationen empfohlen.

Ist dieser Beschluß durchführbar? Auch in diesem Falle muß für einen gemeinsamen Aufbau das gleiche Ziel, der gleiche Wille und der gleiche erstrebte Erfolg vorhanden sein. Diese Voraussetzungen aber fehlen gerade bei den Kommunisten.

Wir wollen die Republik erhalten und sie verteidigen. Die Kommunisten wollen ein Sowjetrussland mit einer nur aus Kommunisten bestehenden „Arbeiterregierung“. Sie bekämpfen die Republik und machen besonders sozialistischen Regierungen ungeheuren Schwierigkeiten. Sie arbeiten damit den Gegnern der Republik in die Hände. Es sei nur an den mitteldeutschen Putsch 1921 erinnert, den man auf Sachsen zu übertragen versuchte, an die jetzigen Kämpfe im Ruhrgebiet und in Sachsen, an die Regierungskrise in Thüringen. Die KPD. ist ausschließliches Werkzeug der Sowjetregierung Russlands.

Die KPD. Deutschlands und Sachsens, Thüringens ist nicht selbständig Herr ihrer Entschlüsse, es braucht nur an die 21 Moskauer Bedingungen erinnert zu werden. Noch schärfer werden diese Bedingungen durch die im Herbst auf dem Kongress der Moskauer Internationale beschlossenen Richtlinien Sinowjews fixiert. Es heißt dort unter Ziffer 9:

Aus Mitgliedern der Exekutive, wie aus den qualifiziertesten Vertretern der einzelnen Parteien, bilde die Exekutive bzw. das Präsidium eine Gruppe von Bevollmächtigten der kommunistischen Internationale, die für längere Zeit als Vertreter des Komitees in den einzelnen Parteien delegiert werden. Diese Vertreter sollen von der Exekutive mit den breitesten Vollmachten ausgestattet werden.

Diese „Bevollmächtigten“, das sind die „Turkstaner“, die Deutschland und Sachsen heimlichen. Die Bevollmächtigten Bela Kun und Guralski alias Kleine usw. organisierten im Auftrage Moskows den mitteldeutschen Putsch. Ein anderer Turkstaner, Heinrich Süßkind, alias Heinrich Schubert und wie seine sonstigen Namen heißen, wurde als Chefredakteur der „Roten Fahne“ abgehalftert, weil er mit seinen täglichen Parolen die KPD. durcheinanderbrachte. Dieser ehemalige wütende Zionifist wurde von Moskau gerade gut genug für Leipzig befunden und hat mit seiner Parolentatistik das Unheil in Sachsen angerichtet.

Nach Nr. 10 der Richtlinien wird die Ausführung der Moskauer Beschlüsse von einer kleinen Gruppe, die von der Exekutive gewählt ist, ausgeübt,

„die die einzige Aufgabe haben, in ständigen Reisen die einzelnen Parteien aufzusuchen und eine tatsächliche Kontrolle darüber auszuüben, ob die von den Kongressen und der Exekutive gefassten Beschlüsse auch wirklich durchgeführt werden“.

Diese Gruppe hat auch die Durchführung der 21 Bedingungen in den einzelnen Ländern nachzuprüfen. Die Bezirke sind angehalten, Rundschreiben an ihre Organisationen zu erlassen.

In dem Rundschreiben der Parteizentrale soll immer ganz konkret angegeben werden, welche Aufgaben auf den verschiedenen Gebieten der Parteitätigkeit im Laufe des nächsten Vierteljahres zu erfüllen sind, was der wirkliche Zweck dieser Aufgabe ist und was zur Ausführung der früher bezeichneten Aufgaben geleistet worden ist.

Die Mitglieder der verschiedenen Parteizentralen der KPD. dürfen ohne Zustimmung der Exekutive auch nicht freiwillig ihre Ämter niederlegen, denn es heißt unter Nr. 15:



Der Kongress beschließt, daß in Zukunft alle Demissionen un- gültig sind, sofern sie nicht von der Exekutive der Kommissar bestätigt werden.

Eine Partei, die ihre Direktiven von Moskau erhält, In- strument der Auslandspolitik Sowjetrußlands ist und keine eigene Handlungsfreiheit hat, ist kein Partner für einen ge- meinsamen Selbstschutz zum Schutze der Republik.

Dazu kommt aber noch etwas Weiteres. Die KPD. hat einen eigenen illegalen Selbstschutz über ganz Deutschland ausgebreitet. Dieser Selbstschutz ist bis ins ein- zelne organisiert, er hat seinen eigenen Nachrichtendienst, der bis zum Chiffretelegramm und den Schlüssel dazu aus- gearbeitet ist, er ist bis ins einzelne gegliedert, er scharf nach Waffenlager, die er für eigene Zwecke verwenden will, er sucht Vertrauensleute in anderen Organisationen und Be- hörden für seine Information zu gewinnen.

Wenn die KPD. eine solche Organisation mit eigenen Zielen und Zwecken besitzt, und bei den Unruhen in Leipzig trat sie gegen den sozialdemokratischen Ordnungsdienst auf, was will denn die KPD. im gemeinsamen Selbstschutz? Doch nur ihrem illegalen Selbstschutz eine legale Deckung geben und ihre eigenen Reihen für ihre eigenen Zwecke, die nicht die der Republik sind, zu stärken. Nein, hier ist wirklich nicht der gleiche Wille für ein gleiches Ziel, dem Schutz der Republik, vorhanden. Deshalb begeht die WSPD. Selbstmord, wenn sie auf diesen gemeinsamen Selbstschutz bereinfällt.

Es bleibt übrig, daß beide von den Parteien einzeln auf- gezogenen Selbstschutzorganisationen sich für ein gemeinsames Vorgehen zum Schutze der Republik verständigen, aber nur dann, wenn das Ziel scharf umgrenzt ist, den Richtlinien der eigenen Partei entspricht und Garantien gegeben werden, daß die getroffenen Abmachungen auch eingehalten werden. Im übrigen bleibt es dabei eigener selbständiger Parteischutz, Schutz der Republik als Hilfsorgan staatlicher Macht mit Einverständnis der Regierung.

## Deutschvölkischer Abonnentensfang. 1400 M. pro Kopf.

Die Werbeabteilung B der „Deutschen Zeitung“ versendet an die Ortsgruppen der Deutschnationalen Volkspartei und andere politische Körperschaften ein Rund- schreiben, dem wir folgendes entnehmen:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Wir gestatten uns, in einer gerade jetzt sehr wichtigen Sache an Sie heranzutreten, die die nationale Presse, insbesondere unser führendes Blatt, die „Deutsche Zeitung“, betrifft.

Es ist leider nur zu wahr, daß unsere nationale Presse in ihren Gesinnungstreifen und Organisationen nicht die Unterstützung und Förderung findet, wie die sozialistischen und liberalen Zeitungen bei ihren Anhängern. Wir erinnern daran, wie schon während des Krieges, dann in der Revolution und bis heute noch die sozialistischen Organi- sationen es als eine ihrer Hauptaufgaben betrachteten, ihre Mittel und ihre Mitglieder ganz in den Dienst der Verbreitung und Förde- rung ihrer Zeitungen zu stellen. Tatkräftig und bis in die kleinsten Kreise ihrer Gewerkschaften und Organi- sationen hinein hat sich auch das letzte Mitglied der sozialistischen Verbände für die Machtverbreitung und den täglichen Einfluß seiner Presse eingesetzt. Noch heute (wo diese Best schon so gewaltig überhand genommen hat) erleben wir es hier in Berlin z. B., daß beim Ausfall von Botenfrauen oder sonstwelchen Störungen in der Zustellung ohne weiteres Gewerkschafts- oder Parteimitglieder be- dingungslos einspringen, um nur den hemmungstosen Fortgang dieser politischen Maschine zu sichern.

Wir geben zu, daß unsere nationalen Freunde die Werbe- möglichkeiten bei Bekannten, in Betrieben und Werkstätten nicht so bedenkenlos wie dort auszunutzen können, und der Wille oftmals an der Rücksicht auf ihre Existenz scheitern muß. Aber wir haben jetzt einen Werbeplan, der es selbst jedem einzelnen ermöglicht, tat- kräftig und individuell mitzumachen, ohne daß seine Person dabei bekannt wird, oder dem zu Werbenden gegenüber in Erscheinung tritt. Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

## Freude ist nicht tot in Europa...

Von Lena.

„Freude ist nicht tot in Europa, sie lebt noch in —“ So steht handgeschrieben quer über das Kuvert einer Sedung geschrieben, die mir in diesen Tagen aus New York zugeht. Es ist eine Druck- sache mit der Ueberschrift: „Die Jugendbewegung, Jugendkultur, Jugend- bungen und Schläger, Politik und Jugendideale.“ Und es wird ge- sagt, daß an einem Blatt „Der neue Student“ Mitglieder der deut- schen Jugendbewegung mitarbeiten. Das Blatt soll durch ameri- kanische Studenten kontrolliert werden und wird das einzige inter- nationale zwischenuniversitätliche Blatt Amerikas sein.

Aber als ich dies alles — froh über ein neues Band zwischen Jugend und Jugend — gelesen hatte, nahm ich noch einmal den Briefumschlag zur Hand und las noch einmal die Worte: „Freude ist nicht tot in Europa, sie lebt noch in —“ und ich dachte darüber nach, wie die Wüste, die der Gedankenstich lieh, zu füllen sei. — Wo lebt jetzt die Freude in Europa? In irgend einem der Länder, die durch den Krieg zu gegenseitigem Haß und Haß entflammert sind, oder in deren Innerem die Hand des Bruders wider den Bruder ist? Es kann nur eine recht blasse Freude sein, die da heimisch ist. Und der Schatten der Zwietracht fällt über ganz Europa.

Kann die Freude in unseren Frauenherzen heimisch sein? Sonst wohl leuchtete sie in den Herzen der Frauen, deren erstgeborenes Kind das Licht der Welt erblickte. Aber die deutsche Frau, die heute Mutter wird, fragt mit Bangen: „Welcher Zukunft geht mein Kind entgegen?“ — Und kann irgendwo in Europa eine Frau die Freude in sich heimisch fühlen, wenn sie weiß, so viele andere Frauen, so unendlich viele Kinder leiden bitter und schwer? — Nein, das Wort „Frauen“ kann ich nicht an Stelle des Gedankenstichs setzen.

Doch vielleicht haben die amerikanischen Sender gedacht, es soll das Wort „Jugend“ dastehen, denn in der Jugend lebt ja ein unerschöpflicher Quell der Freude und eine stets lebendige Kraft des Hoffens. Bei ihr wird die Freude öfter eintreten als bei uns Alten, doch ständig heimisch ist sie auch nicht in jungen Herzen, die alle in Not und Verwirrung sind durch die trante Zeit. Abgelegene Winkel nur können es sein, in denen sich in Europa die Freude versteckt selbst in jungen Herzen. Aber der amerikanische Prozer hat wissen wollen von einer Freude, so glaube ich, die uns alle lebendig und un- zerstorbar besetzt. Und ich habe mich gefragt: Gibt es eine solche Freude? Ja, es gibt sie. Sie lebt im Glauben an eine Idee, sie lebt in der selbstvergessenen Arbeit für diese lebendige Zukunft.

Was wäre Arbeit für den Sozialismus, wenn sie diese Freude nicht gäbe? — Das werde ich dem amerikanischen Schreiber an- worten.

sch dieses Werbeplanes, den wir hier beifügen, anzunehmen, ihn Ihren Mitgliedern zu erläutern und sie unter Hinweis auf die furchtbare Macht der marxistisch-jüdischen Presse zur Tat an- spornen und sich auch wiederholt nach dem Ergebnis zu er- kundigen. Die Werbeprämie, die wir für jeden neugewonnenen Freund unserer Zeitung aussetzen, beträgt jetzt 800 M. und im nächsten Monat schon 1400 M. Sie soll ein Anreiz sein, die Be- mühungen entschädigen und vielleicht manchem einen willkom- menen Nebenverdienst für seine Mitwirkung an einer so bedeutungsvollen nationalen Sache verschaffen.

Das Dokument paßt durchaus in den Rahmen der deutsch- völkischen Bewegung. „Ein willkommener Nebenverdienst“ und Mitwirkung, „ohne daß seine Person dabei bekannt wird“ — das sind gewiß sehr taugliche Mittel, um den deutschen Bürger den Klauen des „marxistischen Materialis- mus“ zu entreißen. Deutschland kann stolz sein auf das Heldengeldstück, das unter dem deutschvölkischen Zeichen des Hakenkreuzes herangezuchtet wird.

## Goldatenschinder Hiller in Freiheit!

Die „Rote Fahne“ behauptete in ihrer Montagsausgabe, daß der frühere Oberleutnant der Reserve, Hiller, der wegen Soldatenmißhandlung zu einer längeren Freiheits- strafe verurteilt ist, die Verbüßung dieser Strafe immer noch nicht angetreten habe und sich noch in Frei- heit befinde. Hillers Prozeß hat damals ungeheures Auf- sehen erregt. Selten offenbarte sich vor Gericht ein solches Bild menschlicher Bortommenheit. Der Soldat Helmuth wurde von Hiller buchstäblich zu Tode gemartert. Wir haben bisher vergeblich darauf gewartet, daß die Meldung der „Roten Fahne“ amtlich demontiert würde. Sollte das Ausbleiben des Dementis etwa bedeuten, daß die „Rote Fahne“ recht gehabt hat? Das wäre allerdings ein kaum glaublicher und selbst in der deutschen Republik kaum zu über- blickender Skandal. Wir erwarten, daß das Justizministerium sich umgehend zu der Behauptung der „Roten Fahne“ äußert.

## Das Dollartreiben.

Das Aufwärtstreiben des Dollarkurses scheint für einige Zeit zum Stillstand gekommen zu sein. Der Dollar ist gestern an der Börse auf etwa 147 000 zurückgegangen und gestern abend noch weiter auf etwa 137 000. Es ist absolut sicher, daß dieser Rückgang hervorgerufen worden ist allein durch die Mitteilung von den Besprechungen der Reichsregierung mit Vertretern der Banken über Maßnahmen gegen den weiteren Sturz der Mark. Beweist das bereits den rein spekula- tiven Charakter der Markentwertungspläne und das landesverräterische Treiben weiter kapitalistischer Kreise, die sich an ihm beteiligt haben, so ist von den Banken in der gestrigen Besprechung beim Reichskanzler zugegeben worden, daß durch diesen Sturz die Mark unter das wirt- schaftlich und politisch gerechtfertigte Maß herabgedrückt wor- den ist. Auf's neue ist deshalb bewiesen worden, daß in dem schweren Existenzkampf Deutschlands die besitzenden Kreise aus krassestem Geschäftsegoismus die Geschäfte Frankreichs besorgen.

Wenn es aber dafür noch eines Beweises bedurft hätte, so liefert ihn die Tatsache, daß wiederum, wie schon in frühe- ren zahlreichen Fällen das Ausland mehr Vertrau- en zur Mark hat, als die Kapitalisten in Deutschland. Wäh- rend an den deutschen Börsen der Dollar noch mit fast 140 000 Mark bezahlt wird, wurde er in New York gegen etwa 125 000 Mark gehandelt. Alle diejenigen, die den Marksturz auf das Treiben des Auslandes zurückgeführt haben, sind dadurch auf das empfindlichste Lügen gestraft. Daß bisher überhaupt kein ernsthafter Mensch den Zusammenbruch der Mark auf den Einfluß französischer Manipulationen zurückgeführt hat, wird auch durch die Tatsache erhärtet, daß in der Sitzung des Unter- suchungsausschusses im Reichstage Direktor Wasser man- von der Deutschen Bank erklärt hat, er halte die Idee, daß die Franzosen aktiv an der Verschlechterung der deutschen Baluta durch umfangreiche Markverkäufe mitarbeiten könnten, für ein Märchen.

Schloßparktheater: „Helrich Heines erste Liebe“. Es ist ein großer Unterschied, ob im engsten Berlin ein unmöglicher Schmarren uraufgeführt wird oder in Steglitz oder Potsdam. Der äußere Ge- samtindruck bleibt derselbe: warme Begeisterung, reicher Beifall. Aber in Berlin sind es mehr die dickköpfigen, stiernackigen, peiz- und brillantengeschmückten Raffes, die mich mit ihrer Halbkultur in wahrer Wut versetzen. In den genannten Vororten ist es ein gutes, milbes, moralisches Publikum, etwa von jener Art, wie ich es aus der Tanzstunde vor dreißig und mehr Jahren in Erinnerung habe. Man denkt sich fast einen griechischen Himmel über diesen lieben Leuten. Sie sind ohne Zweifel nach dem Anblick der Raffes eine wahre Wohltat. Aber ich undankbarer Mensch betenne offen: Ich lehne lieber zu den verzerrten, nach Raktängen lästernen Raffes zurück, anstatt mich an diesem Brunnersehen — sauberen Publikum zu erbauen.

Ueber das „Singspiel“ selbst ist nichts zu sagen. A. Rels und B. Lindemann stellen sich unter dem jungen Heine einen senti- mental entflammten Niederläufer vor, der allerdings alle Viertel- stunde eine ironische Falte am linken Mundwinkel erscheinen läßt. Aber in ihrem Erzeugnis sind wenigstens ein paar lustige Szenen. Der Musiker dagegen, Wilhelm Lindemann, hat offenbar schon vor hundert Jahren gelebt und ist jetzt zu uns zurückgekehrt mit ein paar Lieblingsmelodien, die er nach viel bößler vorträgt als jene alten, die auch nicht zu den ersten zählen. Unter den Darstellern ist auch großstädtisch betrachtet, Kaci Karzhall (Salomon) ein feiner Künstler, Max Köhler ein guter, wirksamer Komiker. Alles andere ist indiskutabel. H. M.

Ueber Glasher Bäder und Berge sprach Direktor Georg Hallama aus Breslau in der Urania. Eine prächtige Reise führte durch das Glasher Bergland, das in grauer Voreit Wasser, Feuer und Eis schufen, und das uns durch die bunte Mannigfaltig- keit seiner Bergflüsse entzückt. Es ist ein lauschiges Gebirge, denn der Buchenberg steigt bis 1100 Meter an, und in 1300 Meter Höhe gibt es noch eßbare Früchte wie Himbeeren und Brombeeren. Leicht ist es von Breslau aus zu erreichen, der Stadt mit ihren Katho- dralen aus gotischer Zeit und ihrem Dom, der Kunstwerke aller Zeiten und Länder beherbergt. Auf der Wanderung trifft man auch alte Dorfkirchen, die die Kunst des Mittelalters treu bewahren. Mit Bergflüssen sind die steingewordene Geschichte des Mittelalters und zugleich Zeugen der Glanzzeit des Bürgertums. Man sieht die Laubengänge, zu deren Bau die Anregung aus Italien über Böhmen nach Schlesien kam. In der Landschaft liegt oft eine tiefe Schwer- mut, bedingt durch die Dürsttheit des Gebirges. Eine naive Phant- asie gab den Felsgebilden zuweilen die absonderlichsten Namen. Ueberall aber tauchen die Erinnerungen auf an die schweren Zeiten der Hussitenkriege, in denen, wie immer in den Zeiten der Gewalt, Brand, Raub, Plünderung, Mord und Marter zu den alltäglichen Erscheinungen gehörten. Mit hellem Enthusiasmus betrachtete man das hoch- und das Schnergebirge und den verschneiten Märchenwald. Der Redner versah die Landschaft andauernd mit dem Schwarz- wald, was bei ihrer starken eigenen Schönheit eigentlich über- flüssig ist. e. h.

## Der schlesische Landarbeiterstreik.

Selbstschutzprovokationen. Die zweideutige Reichswehr. Breslau, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im schlesischen Land- arbeiterstreik ist das Auftreten der Arbeitgeber vom Landbund so provozierend gemorden, daß auch die Presse der bürger- lichen Linken in Schlesien gegen die Arbeitgeber und für die Arbeiter Stellung nimmt. So schreibt heute die gemäßigete demokratische „Breslauer Zeitung“, von keiner Seite sei bestritten, daß der Arbeitslohn der Landarbeiter in Schlesien der niedrigste in ganz Preußen sei, trotzdem das Leben in Schlesien nicht billiger wäre als im übrigen Deutschland. Die Forderung der schlesischen Landarbeiter auf Gleichstellung mit ihren Kollegen im übrigen Preußen sei daher nicht unbillig.

Die „Breslauer Volksmacht“ macht heute über das Auftreten der Selbstschutzorganisationen

im Landarbeiterstreik Mitteilungen, die noch ein politisches Nach- spiel haben dürften, da sie das Verhältnis der Reichswehr zu diesen Organisationen wieder einmal in erschreckendem Licht zeigen. Unser Varietätblatt stellt fest, daß z. B. im Kreise Neu- markt der deutschnationale Landbundesführer v. Schiller gegen — angeblich ganz phantastisch erfundene — Terrorakte der Landarbeiter nicht etwa die staatlichen Behörden in Anspruch ge- nommen, sondern einen rechtsradikalen Bandenführer, v. Saurma, gegen die Streikenden losließ. Ähnliches Material wird aus anderen Kreisen mitgeteilt. Besonders bemerkenswert ist dabei die Feststellung, daß

Die Reichswehr in einigen Kreisen die Organisationen dieser Selbstschutzbanden unterstützt

hat und jetzt unter Umgehung der Staatsautorität gegen die streiken- den Landarbeiter angeht werden. Frühere vom Reichswehr- ministerium unbeachtet gebliebene Feststellungen unserer Parteipresse, daß führende schlesische aktive Reichswehroffiziere die Selbstschutzorganisationen unterstützen, können jetzt dahin ergänzt werden, daß diese Selbstschutzbanden jetzt ihren wahren Zweck deutlich gezeigt haben. Der Selbstschutzführer von Winter- feldt im Kreise Steinau, der von dem Reichswehrobersten Budde-Blöggau und den Hauptleuten Bohnstedt und So- gatsch in Breslau in seinen Bestrebungen unterstützt wird, hat früher den von jeder unglaubwürdigen

Deckmantel der Polenabwehr

benutzt, für die seine Organisationen gegenüber der polnischen Armee selbstverständlich sehr ernsthaft in Frage kam.

Durch die Uebergabe der Streikenden und das korrekte Verhalten der Landräte ohne Unterschied der Parteirichtung konnte die Landarbeiterbewegung von den Selbstschutzführern zwar nicht niedergeschlagen werden, im Interesse der Staatsautorität werden diese Vorgänge aber noch ein parlamentarisches Nachspiel haben müssen, wenn der Reichswehrminister die beteiligten aktiven Reichswehroffiziere nicht vorher von ihrem Posten entsetzt.

## Weimarer Demonstrationen.

Weimar, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Während der Reichspräsident der Theateraufführung im Nationaltheater bei- wohnte, rückte eine Demonstration Erwerbsloser Weimars im Zuge an und schickte eine Abordnung in die Loge des Präsidenten. Die Abord- nung, die vom Präsidenten empfangen wurde, überreichte ihm schriftliche Forderungen. Die Verhandlungskommission erstattete dann den draußen Wartenden Bericht über das Ergebnis. Der Reichspräsident wie auch der Thüringische Staatsminister Fröhlich sagten ihr möglichstes zu. Die Demonstranten zogen geschlossen wieder ab.

Bei Schluß der Vorstellung zog die Arbeiterjugend Wei- mars, Jenas und Erfurts mit brennenden Fackeln unter dem Ge- sang der „Internationale“ auf dem Theaterplatz auf, wo sich bereits Tausende von Menschen angesammelt hatten. Gen. Ebert erschien auf dem Balkon. Die Menge brachte ein brausendes Hoch auf ihn aus, wobei der Reichspräsident vom Balkon herab eine kurze, markige Ansprache hielt, die abermals auslief in ein brausendes Hoch auf das deutsche Vaterland. Die sozialistische Jugend stimmte dann das Lied „Mit uns zieht die neue Zeit“ an und die Menge sang anschließend „Deutschland, Deutschland über alles“.

Wie man Schwämme fät. Der Schwamm ist für unsere täg- liche Reinigung ein so wichtiger Gegenstand, daß man, um die nötigen Mengen zu erhalten, jetzt dazu übergegangen ist, Schwämme zu fäen wie andere Pflanzen. Vor dem Kriege kamen die besten Schwämme vom Mittelmeer, vom Marmorameer und von den Küsten der asiatischen Türkei; sie wurden durch Laucher herausgeholt, die teils nach, teils in Laucherrüstung in die Tiefe hinabstiegen. Die frischen Schwämme, die vom Meeresgrunde herausgeholt werden, haben ein fleischartiges Aussehen und sind mit einer festen Haut bedeckt, in der keine Löcher auftreten und verschwinden, augen- scheinlich nach dem Willen des Tieres. Das Innere des Schwammes, das rohem Fleisch sehr ähnlich ist, wird durch zahlreiche Kanäle und Höhlungen unterbrochen, die mit einer zähen, graubraunen Flüssigkeit gefüllt sind, der sogenannten „Milch“. Diese Milch muß sofort herausgesprengt werden, denn sie ist der einzige Teil des Tieres, der wirklich lebt. Würde die Flüssigkeit daringelassen, so würde der Schwamm seine weiche Flexibilität verlieren. Die be- ständige Ausbeute hat die Schwammfänger auf dem Meeresgrunde erschöpft, und man ist daher dazu übergegangen, ihr Wachstum durch „Ausfäen“ zu fördern. Die als Saat dienenden Schwämme werden in kleine Stücke geschnitten und mit Dreiecks- oder freisunden Zementblöcken besetzt. Diese Zementstücke wer- den dann auf den Meeresgrund versenkt und etwa 2 Jahre dort gelassen. Nach dieser Zeit hat der Schwamm die für Handelszwecke brauchbare Größe erreicht; er wird in die Höhe gebracht, und ein frisches „Soaflüßchen“ an seine Stelle gelegt. Die verschledenen Schwammarten wachsen sehr verschieden, und manche brauchen 10 Jahre, bis sie zur Reife kommen.

Was ein Straußenmaggen nicht verdrägt. Die Aufnahme- fähigkeit des Straußenmagens ist zwar sprichwörtlich, aber es scheint doch selbst für diesen allestreffenden Vogel gewisse Grenzen zu geben, an denen die Tätigkeit seines Magens scheitert. Der Strauß einer Pariser Menagerie starb kürzlich nach einem Essen, dessen Haupt- gang ein Schwamm gewesen war. Wie der Schwamm in die Nähe des Straußes kam, weiß man nicht, aber jedenfalls wurde sein Appetit durch ihn gereizt und er verschlang ihn stracks. Die Folge war eine Verdauungsstörung, an der der Strauß verschied. Eine Betrachtung des Mageninhalts nach dem Tode zeigte, daß der Strauß noch ganz andere Dinge glücklich heruntergebracht hatte als einen harmlosen Schwamm. Es befanden sich nämlich in dem Magen mehrere große Gestrücker, die er wohl aus der Kasse der Menagerie entwendet hatte.

Im Deutschen Opernhaus gahert Donnerstag die Schweizer Sängerin Emma Corina erstmalig in Deutschland als „Tosca“.

In der Großen Volkshalle kann infolge Erkrankung des Kammer- sängers Otto Koch die für Donnerstag angelegte Erkaufung von „Jas und Zimmermann“ nicht stattfinden. Es wird dafür „Die Hedermaus“ gegeben.

Ein Mittel gegen Rheumatismus will die medizinische Abteilung der Universität Newyork entdeckt haben. Die Behandlung der Krankheit besteht in einer Reihe von Einprägungen eines Streptokokken-Serums, das den Namen Viridin erhalten hat. Die Erziehung erstreckt sich auf fünf- tausend Fälle, von denen 80 Prozent von Erfolg gekrönt gewesen sein sollen.



## Verlegenheitsgestammel.

Die Vorgänge in Bulgarien bereiten den kommunistischen Weltspolitikern in der „Roten Fahne“ anbauend ernste Besorgungen. Sie kennen zwar die Dinge so wenig, daß sie z. B. forgesetzt davon sprechen, unser Genosse Sakaßoff sei Mitglied der neuen bulgarischen Regierung (in Wirklichkeit ist der Genosse Sakaßoff Mitglied des Kabinetts). Das hindert sie aber nicht, nach allen Seiten hin Zensuren auszuweisen. Heute enthalten, zur Abwechslung, die bulgarischen Kommunisten ihren Rüssel. Nach einem Hinweis darauf, daß es schwer sei, über die Haltung der bulgarischen Kommunisten ein Urteil zu fällen, heißt es in der „Roten Fahne“ weiter:

„Trotzdem fällt es auf, daß eine so unbestreitbar stark organisierte, die große Mehrheit des städtischen und große Massen des ländlichen Arbeitervolkes umfassende Partei, sich während dieser schicksalsschweren Zeit passiv verhalten sollte. Die Auffassung, es handle sich da um einen Kampf zwischen zwei gleich verbotenen bürgerlichen Gruppen — zwischen der Bauernbourgeoisie und der städtischen Bourgeoisie — demgegenüber sich das Proletariat und seine Avantgarde, die kommunistische Partei, neutral und abwartend verhalten könne, kann keine Richtschnur für die Haltung der Partei in einer solchen Lage abgeben. Um so mehr, da der Staatsstreik nicht unerwartet kam, ja sein Nahen ist von niemanden so klar gesehen worden, wie eben von der kommunistischen Partei. Wir erwarten mit Ungeduld Nachrichten von unseren Freunden aus Bulgarien, um aus den dortigen Ereignissen weitere Lehren für die gesamte kommunistische Bewegung ziehen zu können.“

Wir glauben, daß eine der wichtigsten Lehren aus den zu erwartenden Berichten die sein wird, daß die Kommunisten auch in Bulgarien zwar das Maul nicht weit genug aufreißten konnten, aber als es hart auf hart ging, in völlige Passivität verfielen und vor den Ereignissen kapitulierten.

In ähnlicher Weise wie die „Rote Fahne“ äußerte sich auch Sinowjew in der Sitzung der kommunistischen Exekutive in Moskau. Er führte u. a. aus:

Nachrichten aus Bulgarien besagen, daß sich die dortige kommunistische Partei den Ereignissen gegenüber vorläufig abwartend verhält. Es fragt sich, ob diese Mittelweg richtig ist. Ist sie es, so wäre das ein großer Fehler. Unter den gegenwärtigen Umständen müßten wir uns selbst mit Stambuliski verbinden. Seinerzeit kämpften die Bolschewiki auch gemeinsam mit Kerenski gegen Kornilow. Die bulgarische Partei hat 25 Jahre lang Kräfte gesammelt; sie muß jetzt zeigen, ob sie den dialektischen Uebergang von der Sammlung zur Tat vollziehen kann. Wir sind hier weit vom Schuß; wir können keine bindenden Direktiven erteilen, aber wir müssen unsere Genossen auf die Gefahren aufmerksam machen, die ihnen drohen.

Auch dieser Rüssel Sinowjews zeigt die tödliche Verlegenheit, die in kommunistischen Kreisen wegen der Vorgänge in Bulgarien herrscht.

## Ruhrkonflikt und Völkerbund.

**Sozialistischer Vorkampf im schweizerischen Nationalrat.**

Bern, 20. Juni. (WZ.) Der Nationalrat beschäftigte sich gestern mit dem Geschäftsbericht des Politischen Departements. Der sozialistische Abgeordnete Grimm führte u. a. aus: Wenn Deutschland besiegt hätte, dann hätte die Reaktion noch schärfer eingegriffen; nun sucht unzuverlässig Frankreich die Vorherrschaft zu erlangen. Der frühere italienische Ministerpräsident Ritti hat den wahren Geist der Vorträge ausgedrückt. Die wirtschaftlichen Interessen werden durch den Militarismus geschwächt, und dies System wird zur Balkanisierung Europas führen. Wenn man von der Wiederherstellung spricht, so sollte man nicht vergessen, wie Österreich nach dem Zusammenbruch ausgeplündert wurde, und wie man jetzt mit der Anleihe ein Geschäft macht, deren effektive Verzinsung auf 9,5 Proz. zu stehen kommt. In der Ruhrfrage hat die Schweiz das unangenehmste Recht und die Pflicht, diese Sache beim Völkerbund unabhängig zu machen. Der dem Völkerbund gegenüber an den Tag gelegte Optimismus ist keineswegs berechtigt.

Bundesrat Rotta erklärte hierauf u. a.: Wir müssen bei der Lösung der internationalen Aufgaben mitwirken, niemand zu Vieh und niemand zu Leide. Die Ruhraktion ist für die Schweiz ein Unglück, aber man muß, um gerecht zu sein, diese Aktion nicht allein, sondern im Zusammenhang mit allen Vorgängen der Kriegs- und Nachkriegszeit betrachten. Der Völkerbund kann unter den jetzigen Umständen fast nur durch sein moralisches Gewicht wirken. Ein Eingriff in den Ruhrkonflikt wäre sehr deplatziert, um so mehr, als Deutschland dem Völkerbund nicht angehörit.

Hierauf gelangte der Fall Worowski zur Behandlung. Der Nationalrat sprach der Regierung das Vertrauen aus, indem er mit 93 gegen 6 sozialistische und kommunistische Stimmen einen Antrag der Kommissionmehrheit, der im Falle Worowski die Haltung des Bundesrates billigte, annahm.

Bei der Elternratswahl in Dresden wurden 521 Vertreter der weltlichen und 499 Vertreter der kirchlichen Schule gewählt. Der kirchliche Sieg, den man allgemein auf kirchlicher Seite erwartete, ist nicht eingetreten. Die weltliche Schule erhielt 22463 Stimmen und 521 Vertreter gegen 22780 Stimmen und 515 Vertreter im Vorjahre. Die kirchliche Schule erhielt 20465 Stimmen und 499 Vertreter gegen 22200 Stimmen und 517 Vertreter im vergangenen Jahre. Der Stimmenvorsprung der weltlichen Schulen ist also gegen das Vorjahr größer geworden.

Der ehemalige tschechische Ministerpräsident Bud ist nach der Teleantion zum Kreishauptmann von Dresden vorgeseh.

## Devisenkurse.

	20. Juni		19. Juni	
	Käufer (Gold)-Kurs	Verkäufer (Papier)-Kurs	Käufer (Gold)-Kurs	Verkäufer (Papier)-Kurs
1 holländischer Gulden	51871.-	51629.-	54968.-	54987.-
1 argentinische Papier-Peso	48890.-	44110.-	44875.-	50125.-
1 belgischer Frank	6693.-	6717.-	7381.50	7418.50
1 norwegische Krone	20545.50	20851.50	28142.-	23258.-
1 dänische Krone	22244.-	22256.-	25037.-	25188.-
1 schwedische Krone	38015.-	34085.-	37107.-	37293.-
1 finnische Mark	—	—	4084.50	4085.50
1 japanischer Yen	59850.-	60150.-	68827.50	69172.50
1 italienische Lire	5735.50	5764.50	6359.-	6391.-
1 Pfund Sterling	806689.-	809019.-	848387.-	849613.-
1 Dollar	129675.-	130325.-	139650.-	140350.-
1 französischer Franc	7890.-	8020.-	8703.-	8747.-
1 brasilianischer Real	12718.-	12782.-	14503.50	14639.50
1 Schweizer Franc	23241.50	23385.50	25087.-	25213.-
1 spanische Peseta	—	—	20947.50	21052.50
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	219.45	220.55
1 tschechische Krone	—	—	4433.50	4451.50
1 ungarische Krone	—	—	15.95	16.04
1 bulgarische Leva	—	—	1985.-	1985.-
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1705.50	1714.50

## Was kostet eine Kartoffel?

So muß man jetzt, wo die Preise ins Phantastische-Ordnung gehen, fragen. Die Hausfrauen rennen verzweifelt von Laden zu Laden und können alte Kartoffeln nur unter größter Mühe aufreiben. Ein Händler, der zwei oder drei Zentner erhält, wird um die Ware gebettelt wie in der Kriegszeit. Das liegt an dem gewaltigen Preisunterschied zwischen alten und neuen Kartoffeln. Je zehn Pfund alte Kartoffeln kosteten 3000 Mk., ebensoviel neue 30 000 Mk.! Dafür gibt es höchstens 80 alte Kartoffeln, so daß jede einzelne mit fast 40 Mk. bezahlt werden muß. Rechnet man aber die vielen schlechten ab, so kostet die einzelne alte Kartoffel auf dem Teller mindestens 60 Mk. Wer dagegen eine einzige neue Kartoffel essen will, hat dieses Vergnügen mit 300 Mk. zu bezahlen. Und das nennt man lebenswichtiges Volksernährungsmittel!

Von Wichtigkeit dürfte übrigens die Feststellung sein, wo plötzlich die vielen alten Kartoffeln geblieben sind, die noch bis vor kurzer Zeit überall ausreichend zu haben waren. Es ist doch seltsam und gibt zu denken, daß im Augenblick des Auftauchens der ersten „neuen“ Kartoffeln (es handelt sich dabei meist um in Sehm eingelagerte vorjährige Kartoffeln) die alten verschwunden waren. Der begründete Verdacht liegt nahe, daß es sich dabei um ein stillschweigend vorgenommenes geschäftliches Manöver handelt, lediglich zu dem Zwecke, die ausgelegene Verbrauchersehe zu nötigen, die zu Bucherpreisen feilschenden „neuen“ Kartoffeln zu kaufen, die sonst nicht an den Mann zu bringen gewesen wären. Man kann verstehen, daß um diese Jahreszeit eine gewisse Kartoffelknappheit eintritt, nicht aber, daß diese Knappheit urplötzlich in einen völligen Kartoffelmangel ausartet, wie es zurzeit der Fall ist.

Die Aufsichtsbehörden werden gut tun, diesem Punkt ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, bevor der glühende Funke der Unzufriedenheit in der Bevölkerung durch das unverantwortliche Benehmen gewisser Teile der Händlerschaft zu heller Flamme entzockt wird.

Um die gegenwärtige Kartoffelnot zu lindern, hat sich der Magistrat an den Oberpräsidenten gewandt, damit dieser Maßnahmen zur Herbeischaffung von Kartoffeln aus der Mark Brandenburg treffen solle.

## Verzweigungsakt eines Wohnungslosen.

### Ein bemerkenswerter Freispruch.

Daß einem vielgeplagten Wohnungssuchenden in Berlin die Geduld reißt und daß er sich schließlich zu einer Ausschreitung verleiten lassen kann, hat das Schöffengericht Berlin-Mitte durch ein bemerkenswertes freisprechendes Urteil in einem gewissen Sinne anerkannt. Gleichzeitig ergibt sich daraus ein Bild von der unermesslichen Wohnungsnot in Berlin, zu deren Behebung so gut wie nichts geschieht.

Wegen Sachbeschädigung und Eindringens in Beamtenräume war der Direktor Franz Franzowial angeklagt, weil er am 11. Februar d. J. in ein Wohnungsamt nach Schluß der Sprechstunde durch Eindringen der Türöffnung gewaltsam eingedrungen war. Der Angeklagte war der Tat geständig und zu seiner Verteidigung machte Rechtsanwalt Dr. Donig geltend: Der vorliegende Fall sei typisch für die bedauernswerten Verhältnisse auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Der Angeklagte ist Deutscher, lebt seit 20 Jahren in Berlin. Als er aus dem Krieg heimkam, verheiratete er sich und zog mit seiner Frau zu seiner Schwiegermutter nach der Stargarder Str. 18. Die Wohnung bestand aus Stube und Küche, so daß die Schwiegermutter zu ihrer Schwester zog und dem Angeklagten die Wohnung in Miete gab. Nun griff merkwürdigerweise das Wohnungsamt ein und erzwang die den Angeklagten wegen dieser „Schlebung“. Es kamen Schupoleute, die die Habsehlenden des Angeklagten mit Gewalt auf einen Wagen luden und nach dem städtischen Speicher brachten. Das war im September 1922. Der Angeklagte war mit seiner lungenkranken Frau und seinem halbjährigen Kinde auf die Straße gesetzt. Bei Verwandten und Freunden fand er zeitweilig auf einige Tage Unterkunft. Endlich erhielt der Angeklagte im Februar eine Wohnung zugewiesen. Es stellte sich aber heraus, daß diese „Wohnung“ in der Birkenstr. 49 nur aus einer Kammer in der Größe eines Badezimmers, ohne jede Beleuchtung und ohne jede Kochmöglichkeit bestand. Nach Besichtigung dieser „Wohnung“ begab sich der Angeklagte mit Frau und Kind zum Wohnungsamt. Dort traf er um 12 1/2 Uhr ein, er kam aber zu spät, denn die Wohnungsbürokraten haben nur von 10 bis 12 Uhr Sprechstunde. Nun rief ihm, der selber schwer krank ist, die Geduld, er rüttelte an der Tür, drückte die Türöffnung dabei ein und drang in das Dienstzimmer ein. Wie der Verteidiger weiter darauf hinwies, hat der Angeklagte bis heute keine Wohnung; er wohnt jetzt in einem Hotel in der Charlottenstraße in einer Mansardenkammer, die früher zur Aufbewahrung von Gerümpel benutzt wurde, und zahlt täglich 2500 Mk. Die hohen Preisforderungen mit dem sogenannten Baukostenzuschlag für möblierte Wohnungen, die massenhaft vorhanden sind, kann er mit seinem kleinen Gehalt nicht aufbringen. Das Gericht kam zu einer Freisprechung des Angeklagten, da es annahm, daß der Angeklagte bei der begreiflichen großen Erregung, in der er sich befand, im Zustande der Unzurechnungsfähigkeit gehandelt habe.

### Er weiß sich zu helfen.

Was tut ein Geschäftsmann, wenn wegen Vergehens gegen die notwirtschaftlichen Bestimmungen, z. B. wegen Warenzurückhaltung oder ähnlicher Bucherpraktiken, gegen ihn ein Handelsverbot erlassen wird? Wie man sich da hilft, das zeigt ein Fall, der uns aus dem Kohlenhandel bekannt wird. In einer Brangerliste, die im „Vorwärts“ am 20. Mai veröffentlicht wurde und die Handelsverbot der letzten Wochen aufzählte, war zu lesen: „Kohlenhändler Emil Hoffmann in Berlin-Friedrichshagen, Scharnweberstr. 85, wegen wucherischer Zurückhaltung von Kohlen in Lateinheit mit Abgabeverweigerung.“ Jetzt werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß drei Tage vorher, am 17. Mai, in der Niederbarnimer Zeitung folgende Annonce stand:

### Zur Beachtung!

Reiner werten Kundenschaft hiermit zur Nachricht, daß ich mein

### Kohlen-Geschäft

bis auf weiteres an Herrn Klähne verpachtet habe. Indem ich bitte, meinen Nachfolger gütigst zu unterstützen, zeichne hochachtungsvoll

Emil Hoffmann, Scharnweberstr. 85.

Als Herr Emil Hoffmann diese Annonce einsetzte, war längst das Handelsverbot gegen ihn erlangt. Wir erfahren, daß Herr Klähne der Schwiegervater des Herrn Emil Hoffmann ist. So ist dafür gesorgt, daß Geschäft und Profit in der Familie bleiben.

### Ein wertbeständiger Wohnungspreis.

Die Untervermietung von Wohnungen oder Zimmer ist für den, der die Wohnungssuchenden „hochzunehmen“ versteht, ein sehr rentables Geschäft. Ein Wohnungssuchender, der auf diesem Gebiet als Leidtragender seine Erwerbungen gemacht hat, teilt uns daraus einen beachtenswerten Fall mit. Auf der Wohnungsuche in Berlin-Südwest geriet er in der Dorfstraße an eine geschäftstüchtige Dame, die ihm ein leeres Zimmer vermieten wollte und dafür eine monatliche Miete im Wert von 8 Pfund

Butter forderte. Das war im April, wo der Butterpreis einen Stand hatte, der damals als unverhältniß hoch galt, aber inzwischen weit überholt ist. Wäre der Wohnungssuchende damals auf das Angebot eingegangen, so müßte er bei dem jetzigen Butterpreis auf eine Wohnungsmiete von 150.- bis 200 000 Mark pro Monat rechnen. Das wäre ein Geschäft! Es ist dringend zu wünschen, daß solchen Zimmervermietern das Handwerk gelegt wird.

## Die neue Erhöhung der Eisenbahntarife.

### Auch für Ferienonderzüge.

Von den zum 1. Juli zu erwartenden Eisenbahntarifierhöhungen können, wie amtlich mitgeteilt wird, auch die Ferienonderzüge nicht ausgenommen werden. Die Fahrpreise für diese Züge werden ebenfalls erhöht, soweit der Vorverkauf nach dem 22. Juni beginnt. Ihre Benutzung bringt außer der Ermäßigung von 25 Prozent immer noch den Vorteil, daß sie zur Rückfahrt innerhalb zweier Monate auch dann gelten, wenn die Tarife weiter erhöht werden sollten. Ferner dürfen Fahrscheine des Mitteleuropäischen Reisebureaus, die vor dem 1. Juli zu Mai- oder Juni tarifen gekauft sind, nach dem 3. Juli nur mehr gegen Zahlung eines entsprechenden Ergänzungsfahrcheines benutzt werden. Die Eisenbahnverwaltung macht damit von dem Recht der Tätigkeitsbeschränkung Gebrauch, die sie sich für den Fall einer Tarifierhöhung vorbehalten hat. Sie ist dazu durch die vielen Mißbräuche gezwungen worden, die mit diesen Fahrscheinen vor der letzten Tarifierhöhung getrieben wurden.

### Die ersten Werberschen.

Die ersten Werberschen Kirchen sind in der vergangenen Nacht in Berlin am Lustgarten eingetroffen. Der Eisenbahn brachte keine schwere Fracht. Ungefähr 3000 Körbe mit je 10 Pfund Kirchen konnten zum Verlaufs gelangen. Die Kaufkraft der Händler, die zahlreich erschienen waren, konnte nicht befriedigt werden. Das Pfund Kirchen wurde engros mit 3500 Mark gehandelt. Leider haben die „Werberschen“ sehr stark unter den Regengüssen gelitten. Es ist die höchste Zeit, daß sich Frau Sonne darauf besinnt, ihre Arbeit in Wader zu erledigen. Viele grüne Früchte harren noch der notwendigen Wärme.

### Wäscherei-Platte.

Viele Hausfrauen, die früher die große Wäsche aus dem Hause gaben, können sich hierfür nicht mehr erheben. Infolgedessen sind zahlreiche Wäschereien in der Berliner Umgebung, auch bekannte Firmen in Köpenick, gezwungen gewesen, ihren Betrieb gänzlich einzustellen und die Räume für andere Zwecke zu vermieten. Darunter befinden sich Firmen, die seit langen Jahrzehnten bestanden haben. Nur noch selten sieht man die Wäschewagen, die sonst auf der Großstadtstraße eine alltägliche Erscheinung waren.

Bei der heutigen Verhandlung im Köhn-Prozess wurden zahlreiche Zeugen vernommen, die noch kurz vor dem Zusammenbruch ihr Geld angelegt hatten. Die Zeugen betunden übereinstimmend, daß sie ihre Einlagen für sicher gehalten hätten. Aus dem Umfange, daß die Behörden die Sache dudrien und auch öffentliche Reklame gemacht wurde, hätten sie das Unternehmen für einwandfrei gehalten und an keinen Schwindel gedacht. Auf die Frage von Landesgerichtsdirektor Siegert erklärte ein Zeuge, daß er sicherlich kein Geld nicht hingegeben hätte, wenn ihm bekannt gewesen wäre, daß damit die alten Auszahlungen gemacht würden. Er hätte auch sein Geld nicht gegeben, wenn er gewußt hätte, daß die Einzahlungen benutzt werden, um eine Bank, eine Villa, Auto und anderes zu kaufen. Der Zeuge beklagt sich dann, daß die Einzahler durch die Reklame der Revolverpresse, namentlich durch Arthur Reil, irreführt worden seien. Rechtsanw. Dr. Larnowski beantragt die Ladung von Arthur Reil.

In einem Jauchefest erkrankt. In der Nacht zu Dienstag wurde der 77 Jahre alte Rentenermpfänger Gottfried Sch., der am Hindenburgdamm wohnte, auf dem Laubengrundstück seines Schwiegersohnes in der Riederstraße, in einem Jauchefest erkrankt, tot aufgefunden. Der alte Mann hatte bereits wiederholt Selbstmordgedanken geäußert.

Riesige Zunahme des Telegrammverkehres. Infolge des durch die Marktentwertung verursachten lebhaften Bank- und Börsenbetriebes und des Ausfalls einer Reihe von wichtigen Beförderungsmöglichkeiten infolge des Ruhrsturzes ist der Telegrammverkehr in den letzten Tagen so stark angeschwollen, daß er mit den verfügbaren Personal und den Betriebsmitteln nicht überall ohne Verzögerung abgewickelt werden kann. Wesentlich trägt dazu bei, daß viele Absender ihre Telegramme in Mengen bis zu vielen Tausenden auf einmal und erst spät in der Nacht aufsenden.

Städtisches Weltpanorama Lange Straße. In der Woche vom 16. bis 22. Juni zeigt das städtische Weltpanorama in der Lange Str. 76 schöne Aufnahmen aus dem Niederbarnimer Lande, der Umgegend Schwereins und über den Belsauer auherdem ins ferne Japan mit seinen bunten Landschaften und Städtebildern. In der Woche vom 23. bis 29. Juni reist der Besucher nach Nizza, während die Bilderfolge der Deutschen Heimat Triberg, die Berle des Schwarzwaldes, vorführt. Eine Wanderung durch das Narenterland machen wir in der Woche vom 30. Juni bis 6. Juli; zugleich weisen wir in den interessantesten Ostpreußischen Kollern und Amsterdams, aus denen besonders gelungene Aufnahmen gezeit werden.

Sprechchor für proletarische Werkstunden. Donnerstag abends 1/8 Uhr in der Sophienstraße, Beinhelmerstr. 16/17, Uebungsstunde.

## Der Ausbruch des Aetna.

### 50 000 Einwohner auf der Flucht vor der Lava.

Den römischen Blättern zufolge übersteigt der Ausbruch des Aetna an Heftigkeit denjenigen von 1911. Der Ausbruch ist von einem starken Aschenregen begleitet. Der von zwei Hauptkeatern ausgehende Ausbruch hat eine Breite von 650 Metern und eine Höhe von einigen Metern. Er verbreitet eine unerträgliche Hitze. Die Panik der Bevölkerung ist außerordentlich groß. Es befinden sich augenblicklich ungefähr 50 000 Personen auf der Flucht, von denen die Mehrzahl ihre Möbel und ihren Hausrat mit sich führen. Aus den den zerstörten Ortschaften naheliegenden Städten werden Automobile mit Hilfs- und Lebensmitteln der fliehenden Bevölkerung entgegengeschickt. Bisher sind keine Menschenleben zu beklagen, jedoch ist der Sachschaden sehr groß. Zurzeit sind bereits 20 000 Familien unterzubringen, doch wird sich die Zahl in die Hunderttausende erhöhen, wenn der Ausbruch in der jetzigen Stärke andauert. 5 Krater haben sich schon gebildet, die von Lava überfließen. Diese rückt stündlich um 1000 Fuß vor in Wellen, die an manchen Stellen 15 Fuß tief sind. Immer neue Rollen von Asche und glühender Lava wird aus den Kratern unter Schreien erregend inneren Explosionen ausgeworfen. Donner erschüttert den ganzen Abhang des Berges. Die Luft ist millienweit dick von Staub, der bereits Hunderte von Meilen von Sizilien entfernt hinreißt. Messina wird von dem diesmaligen Ausbruch kaum berührt, aber Binquaglossa ist von Lava schon fast ganz eingeschlossen. Eine große Menge Vieh, das nicht mehr gerettet werden konnte, ist umgekommen.

Nach einer weiteren Meldung aus Catania haben die Lava-massen den Bahnhof von Cerro vernichtet und den Weg zwischen Linguaglossa und Randazzo überschritten. Der Ausbruch wölgt sich in einer Breite von 7 Metern fort.

### Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Zeitweise auflassend, aber noch kühl und überaus bewölkt mit leichten Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden.



